

„Berliner Erklärung – Forstwirtschaft braucht Zukunft“

Die Forstwirtschaft in Deutschland befindet sich – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – in einer dramatischen Situation. Die Folgen des Klimawandels und insbesondere seine Auswirkungen auf die Wälder haben sich in den letzten Jahren extrem verschärft. Die Veränderungen in den Organisationsstrukturen von Forstverwaltungen in vielen Bundesländern und die demographische Entwicklung bei den Waldbesitzern haben negative Auswirkungen auf die Pflege der Wälder und mindern so die notwendige Anpassungsfähigkeit. Diese Situation ist nicht nur für alle Waldbesitzer und die Wirtschaft im ländlichen Raum relevant, sondern betrifft die gesamte Gesellschaft.

Bedeutung der Forstwirtschaft

Die Sicherung unserer Wälder und ihre nachhaltige Nutzung haben eine herausragende politische Bedeutung, weil

- Holz der wichtigste heimische nachwachsende Rohstoff ist,
- Wald und Holzprodukte einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz leisten,
- der Sektor Wald, Forst und Holz gerade in den strukturschwachen ländlichen Räumen ein nicht weg zu denkender Wirtschaftsfaktor ist und
- Forstwirtschaft den Ansprüchen der Gesellschaft wie Boden- und Wasserschutz, Biodiversität sowie Erholung dient.

Bedrohungen

Die Situation der Forstwirtschaft stellt sich durch den Klimawandel und veränderte Rahmenbedingungen dramatisch dar:

- Wetterextreme wie Stürme, Hitzejahre und Trockenperioden mit enormen Schäden treten in einer Häufigkeit und Intensität auf, die in der Geschichte der Forstwirtschaft in Deutschland einzigartig sind.
- Die klimabedingte Massenvermehrung von Borkenkäfern und anderen Schädlingen bedrohen die Wälder selbst ebenso wie die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Waldbesitzer.
- Neue Schädlinge wie der Verursacher des Eschentriebsterbens oder der Asiatische Laubholzbock breiten sich zunehmend aus und bedrohen wichtige Baumarten.
- Durch diese Schäden werden über Nacht generationenlang gepflegte Umweltleistungen in Frage gestellt und führen zu enormen wirtschaftlichen Einbußen in der gesamten Volkswirtschaft.
- Fachwissen über den Wald sowie die emotionale wie tatsächliche Nähe zum Wald gehen bei der nachfolgenden Generation immer mehr zurück. Die für eine langfristige Daseinsvorsorge notwendige Waldpflege droht vernachlässigt zu werden.
- Die nachhaltige Erzeugung des volkswirtschaftlich unverzichtbaren heimischen Rohstoffes Holz steht auf dem Spiel.

- Das Kartellverfahren und die getroffenen Auslegungen der EU-Beihilferegelungen führen mancherorts zu einem Rückzug des Staates aus der Betreuung der Waldbesitzer.

Die Lage ist für die Forstwirtschaft bedrohlich! Die Bewältigung der Schäden, die Anpassung der Wälder an den Klimawandel und die hohen Folgekosten können die Waldbesitzer nicht mehr alleine leisten. Sie haben den Klimawandel nicht verursacht, müssen aber in einem in der Öffentlichkeit nicht bekannten Ausmaß mit den Folgen umgehen.

Besondere Situation des Kleinprivatwaldes

Hauptbetroffene dieser Bedrohungen sind vor allem die fast 2 Millionen Kleinprivatwaldeigentümer. Entsprechend der sozialpolitisch und verfassungsrechtlich gewollten breiten Streuung von Eigentum müssen sie eigenverantwortlich die anstehenden Herausforderungen bewältigen können. Dazu brauchen sie aber strukturell bedingt die Hilfe von Staat und Gesellschaft.

Kleine Waldbesitzer können unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ihren Wald selten kostendeckend pflegen. Daher wurde ihnen die Betreuung bisher durch die Landesforstverwaltungen entweder kostengünstig oder kostenfrei – im Wege indirekter Förderung – zur Verfügung gestellt. Das Kartellverfahren und die Auslegung der beihilferechtlichen Vorgaben der EU machen neue Lösungen erforderlich. Der Kleinprivatwald steht mit dem Strukturwandel und dem Klimawandel vor einer doppelten Herausforderung, die seine Leistungsfähigkeit ohne - die bisher indirekte - Förderung überfordert.

Betroffenheit der gesamten Gesellschaft

Betroffen von diesen weitreichenden Veränderungen sind nicht nur die Waldbesitzer, sondern die gesamte Gesellschaft. Die negativen wirtschaftlichen Folgen für unsere Volkswirtschaft und die ländlichen Räume sind bereits heute festzustellen. Diese werden sich in den nächsten Jahren verschärfen. Die Gesellschaft und jeder einzelne Bürger werden in Zukunft Einschränkungen bei den heute selbstverständlichen Schutz- und Erholungsfunktionen unserer Wälder spüren. Ob Lawinenschutz im Gebirge, Trinkwasserschutz und Luftreinigung oder Erholung und Gesundheit im Wald, diese heute selbstverständlichen und kostenfreien Funktionen der Wälder können ohne Gegensteuern nicht erhalten werden. Die Herausforderung lautet, die heimischen Wälder in ihrer Vielfalt als wichtigen Teil unserer Kulturlandschaft mit hohem Wert für die Lebensqualität und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten.

Notwendige Gegenmaßnahmen

In dieser Situation ist eine grundlegende politische Neubewertung des gesamten Sektors Wald, Forst und Holz erforderlich. Staat und Politik dürfen die Waldbesitzer nicht im Stich lassen. Der Deutsche Forstwirtschaftsrat fordert daher wirksame Gegenmaßnahmen durch Bund und Länder.

Von zentraler Bedeutung sind

- Ausbau der finanziellen Unterstützung zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel,
- Bereitstellung von Sondermitteln zur Katastrophenbewältigung nach Sturm- und Insektenkalamitäten,

- Ausbau der Fortbildung der Waldbesitzer,
- konsequente Stärkung und finanzielle Förderung der Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse als Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbesitzer einschließlich der Verankerung der öffentlich-rechtlichen Zusammenschlüsse im Bundeswaldgesetz,
- beihilferechtliche Anerkennung der Förderung von Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen durch die EU,
- Beseitigung von vergaberechtlichen Hindernissen für die Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse,
- neue Initiativen (z. B. Forstwirtschaft 4.0, Waldwiki, Wald wird mobil) zur Minderung der Strukturnachteile der Klein- und Kleinstwaldbesitzer in Deutschland und
- verstärkte Ausbildung und ausreichende Beschäftigung von Forstfachpersonal in der Beratung der Waldbesitzer.

Vor allem die Kleinwaldbesitzer brauchen eine Unterstützung durch den Wechsel von indirekter zu direkter Förderung. Der Kleinprivatwald muss mit Hilfe von Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen in die Lage versetzt werden, Betreuungsleistungen durch eigene Beschäftigte, staatliche oder andere Dienstleister zu finanzieren. Konkret heißt dies, dass die Geldmittel, die bisher indirekt durch kostenlose oder kostengünstige Betreuung zur Verfügung gestellt wurden, nunmehr für die direkte Förderung insbesondere von Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen verwendet werden. Nur so kann sich gerade der Kleinprivatwald Fachkräfte auf der Fläche leisten, die in Qualität und Leistung den nationalen Ansprüchen an nachhaltige Forstwirtschaft in der bisher erfolgreichen Weise genügen.

Diese Maßnahmen und die Bereitstellung der notwendigen Mittel und Stellen durch Bund und die Länder sind eine historische Verpflichtung zum Wohl der gesamten Gesellschaft und künftiger Generationen.